



ANNIVERSARY OF THE UNIVERSAL  
DECLARATION OF HUMAN RIGHTS

[ DEUTSCHE FASSUNG ]

Die Achtung der menschlichen Würde:

*eine Agenda für Menschenrechte*

*Whereas recognition of inherent dignity  
and of equal and inalienable rights  
of all members of the human family  
is the foundation of freedom, justice  
and peace in the world...*

[www.UDHR60.ch](http://www.UDHR60.ch)

English is the authentic version



## Vorwort von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten

Der 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bietet uns Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und zu reflektieren, was wir in diesen sechzig Jahren im Bereich der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte erreicht haben. Für einige von uns fällt die Bilanz weitgehend positiv aus, da die Notwendigkeit der Achtung der menschlichen Würde weithin akzeptiert wird. Wir müssen aber auch die Diskrepanz zwischen unseren Ambitionen und dem Erreichten anerkennen. Es gibt immer noch zu viele Menschen auf der ganzen Welt, die ihre Rechte und Grundfreiheiten nicht wahrnehmen können. Sie werden Opfer von Intoleranz, Diskriminierung und schwerwiegenden Verstössen gegen die in der Menschenrechtsdeklaration garantierten Rechte. Wir leben noch nicht in einer Welt, in der die Menschenrechte genügend respektiert werden. Wir leben in einer Welt, in der es die Unterstützung und das Engagement aller Menschen braucht, um diese Rechte zu verwirklichen.

Aufgrund dieser Diskrepanz zwischen schönen Worten und Realität sollten wir den 60. Jahrestag begehen, indem wir etwas für die Zukunft tun und die hehren Grundsätze der Menschenrechtserklärung in konkretes Handeln umsetzen. Deshalb hat die Schweizer Regierung beschlossen, eine Initiative zu lancieren, die nicht nur Bilanz über das Erreichte zieht, sondern vorwärts schaut; die Initiative definiert neue Wege und Ziele, die den Menschenrechten die Bedeutung und den Raum einräumen, die ihnen im 21. Jahrhundert zustehen. Im Dokument «Die Achtung der menschlichen Würde: eine Agenda für Menschenrechte» werden konkrete Vorschläge vorgelegt, die zusammen mit weiterführenden Forschungsprojekten den Menschenrechten mehr Achtung verschaffen sollen.

Ich hoffe, diese Agenda kann einen Beitrag dazu leisten, dass die Menschenrechte für alle Wirklichkeit werden, und lade Sie dazu ein, über die vom Panel eminenten Persönlichkeiten entwickelten Ideen nachzudenken und die geplanten Forschungsprojekte weiterzuverfolgen. Möge uns diese Agenda dabei helfen, unser Engagement für die Sache der Menschenrechte zu intensivieren.



## | Mary Robinson

Co-Vorsitzende

Präsidentin der NGO « Realizing Rights: the Ethical Globalization Initiative », ehemalige Präsidentin Irlands und ehemalige UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte.



## | Paulo Sérgio Pinheiro

Co-Vorsitzender

Kommissar und Berichterstatter für Kinder, Interamerikanische Menschenrechtskommission, Organisation der amerikanischen Staaten, und ehemaliger unabhängiger Experte des UNO-Generalsekretärs für die Studie der Vereinten Nationen über Gewalt gegen Kinder, 2003 bis 2007.



## | Pregs Govender

Schriftstellerin, Bildungsexpertin und Frauenaktivistin, ehemalige Abgeordnete des südafrikanischen Parlaments. Autorin von « Love and Courage, A Story of Insubordination ». Seit 1974 war sie Antipartheidaktivistin und bis 2002 Abgeordnete des ersten demokratischen Parlaments Südafrikas. Heute präsidiert sie die unabhängige Evaluation der Parlamentsarbeit.



## | Saad Eddin Ibrahim

Professor für politische Soziologie, Gründer und erster Generalsekretär der arabischen Menschenrechtsorganisation, Generalsekretär der unabhängigen Wahlkommission Ägyptens. Er spielt eine führende Rolle in der ägyptischen Zivilgesellschaft.



## | Hina Jilani

Menschenrechtsanwältin und Mitbegründerin der pakistanischen Menschenrechtskommission, ehemalige Sonderbeauftragte des UNO-Generalsekretärs für Menschenrechtsverteidiger.



## | Theodor Meron

Berufungsrichter, Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda, ehemaliger Vorsitzender des ICTY, Dennison Professor Emeritus und Judicial Fellow an der Rechtsfakultät der New York University.



## | Manfred Nowak

Professor für Völkerrecht an der Universität Wien, UNO-Sonderberichterstatter für Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, Schweizer Lehrstuhl für Menschenrechte am Institut de hautes études internationales et du développement in Genf.



## | Bertrand Ramcharan

Erster Inhaber des Schweizer Lehrstuhls für Menschenrechte am Institut de hautes études internationales et du développement in Genf, Rektor der Universität Guyana, erst stellvertretender und dann interimistischer UNO-Hochkommissar für Menschenrechte.

Aus Anlass des 60. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bat die Schweizer Regierung acht erfahrene Menschenrechtsexperten, gemeinsam über die aktuellen Herausforderungen auf diesem Gebiet nachzudenken und eine Agenda für Menschenrechte zu entwickeln.

Das Panel eminenter Persönlichkeiten erhielt ausserdem Unterstützung von den Regierungen Norwegens und Österreichs, welche die Arbeitstreffen in Oslo und Wien im Jahr 2008 erleichterten.

Der vom Panel verfasste Text «Protecting Dignity: An Agenda for Human Rights» soll der Schweizer Regierung und der internationalen Gemeinschaft anlässlich des 60. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vorgestellt werden. Die Feststellungen und Empfehlungen des Texts und die weiterführenden Forschungsprojekte zu den unten erwähnten Themen werden hoffentlich den Dialog und die Massnahmen zur Verbesserung der Achtung der Menschenrechte in den nächsten Jahren weltweit weiter vorantreiben.

## Die Achtung der menschlichen Würde: *eine Agenda für Menschenrechte*

4

Vor 60 Jahren verkündete die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, dass « die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräusserlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet ». Seit der Annahme der Erklärung haben die meisten Regierungen internationale Menschenrechtsnormen in ihren nationalen Gesetzen und Verfassungen verankert. Zudem fordern immer mehr Organisationen und zivilgesellschaftliche Netzwerke in der ganzen Welt eine Rechenschaftspflicht. Diese Organisationen haben die Menschenrechtsgrundsätze zunehmend auch in ihre eigene Politik und Praxis übernommen.

Trotzdem wird die Würde von Millionen von Menschen auch heute noch mit Füssen getreten – wegen schwacher oder fehlender Regierungsführung, Korruption, Armut, Unterdrückung und Krieg. Von der Misshandlung Gefangener, dem fehlenden Zugang zu angemessener Nahrung, medizinischer Grundversorgung und

menschenwürdiger Arbeit, der Unfähigkeit, bedrohte Zivilpersonen zu schützen, bis zum Ausbleiben wirksamer Massnahmen gegen den Menschenhandel, von der Misere der Migranten und Staatenlosen bis zu den verheerenden Auswirkungen von Gewalt gegen Kinder: All diese und andere Angriffe auf die Würde und Rechte unserer Mitmenschen sind ein Armutszeugnis für uns alle.

Als Panel unabhängiger Personen mit dem Auftrag, die wichtigsten Herausforderungen zu bezeichnen und Vorschläge für künftige Massnahmen zu formulieren, halten wir es für wesentlich, zu den Werten zurückzukehren, die die Gemeinschaft der Menschen zusammenhalten: zur Anerkennung unserer gemeinsamen Menschlichkeit und Würde. Dies ist der beste Weg, um einen neuen Konsens für eine langfristige Vision und Strategie zu erzielen - einen Konsens, der auf der Einsicht beruht, dass ein nachhaltiger Schutz der Menschenrechte sowohl wirksame nationale Institutionen als auch eine verstärkte globale Rechenschaftspflicht voraussetzt.

## Die Menschenrechte heute

Die breite Kluft zwischen der Anerkennung der menschlichen Würde und der Verwirklichung der Menschenrechte ist in den letzten Jahren wohl noch grösser geworden. Die Gräben des Kalten Kriegs sind in zentralen politischen Bereichen - Handel, Entwicklungshilfe, Umwelt - neuen Formen der Polarisierung zwischen Nord und Süd gewichen.

Das stark sicherheitsorientierte politische Umfeld, das als Folge der schrecklichen Terroranschläge entstand, ging mit willkürlichen Festnahmen, Folter, Verschwindenlassen und weiteren gravierenden Verletzungen der Menschenwürde einher. Wir betonen nachdrücklich, dass alle Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus die internationalen Menschenrechte, das Flüchtlingsrecht und das Völkerrecht beachten müssen.

Obwohl die Regierungen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte immer wieder bekräftigten, lässt sich ein globales, gemeinsames Verständnis der Menschenrechte leider nur schwer verwirklichen. Zum Teil werden die Rechte immer noch als Verkörperung westlicher und nicht universeller Werte gesehen. Einige Staaten bekräftigen zwar bürgerliche und politische Rechte, anerkennen aber keine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Andere schwächen die bürgerlichen und politischen Rechte sowie den Rechtsstaat und berufen sich dabei auf die Notwendigkeit, die wirtschaftliche und soziale Stabilität zu garantieren. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde als ausgewogener Kompromiss von individueller Freiheiten, sozialem Schutz, wirtschaftlichen Chancen und Pflichten gegenüber der Gesellschaft formuliert. Diese gesamtheitliche Sichtweise hat in den letzten 60 Jahren nichts von ihrer Bedeutung verloren.

## Die Herausforderung der Armut bewältigen

Über eine Milliarde Menschen, d.h. eine von sechs Personen, leben heute in äusserster Armut. Die überwiegende Mehrheit davon sind Frauen. Eine Menschenrechtsstrategie für die nächsten Jahrzehnte muss wirksam gegen die Armut vorgehen. Armut ist ein enorm vielschichtiges Phänomen; ihre Ursachen sind Ausbeutung, Diskriminierung, ungleicher Zugang zu Gütern, mangelnde Perspektiven, fehlender Zugang zu öffentlichen Institutionen und

geschichtliche Gründe. Niemand muss sich mit diesem Schicksal abfinden. Armut kann beseitigt werden, wenn die am meisten ausgesetzten Menschen Schutz und Rechte erhalten.

Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen markieren diesbezüglich einen Fortschritt: Die Regierungen sind gemeinsam Verpflichtungen eingegangen und haben einen ungewöhnlich langen Zeithorizont für die Erreichung von Ergebnissen abgesteckt. Es ist deshalb beschämend, dass wir nach den riesigen Anstrengungen zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele und nach all den Appellen für staatliche und offizielle Unterstützung heute, zur Halbzeit der Millenniumsziele, feststellen müssen, dass eine Halbierung der Armut bis 2015 für die meisten der ärmsten Länder offensichtlich unerreichbar bleibt - ebenso wie die Umsetzung der übrigen Ziele, zu denen sich die Regierungen zu Beginn des Jahrhunderts feierlich verpflichtet haben.

Dies bedeutet aber nicht, dass schnelle Fortschritte grundsätzlich unmöglich sind. Die grossen Beträge, die vor kurzem in die Bekämpfung der Ungleichheiten im globalen Gesundheitswesen investiert wurden (vor allem von Multi-Stakeholder-Allianzen: Regierungen, Privatwirtschaft, Akteuren der Zivilgesellschaft und gemeinnützigen privaten Organisationen), haben den globalen Markt für Impfstoffe, das Vorkommen von Tropenkrankheiten sowie die Gesundheitsdienste und die Impfprogramme erheblich beeinflusst: Davon haben Millionen von Menschen profitiert. Trotzdem haben gerade diese Initiativen besonders deutlich gezeigt, dass die fehlenden institutionellen Kapazitäten auf nationaler Ebene das grösste Hindernis für weitere Fortschritte bilden.

## Zugang zu Justiz und Rechtsstaatlichkeit

Die Stärkung der nationalen Kapazitäten zur Armutsbekämpfung setzt effektive Institutionen voraus, welche die Achtung der Rechtsstaatlichkeit gewährleisten. Tatsächlich bleibt aber Milliarden von Menschen der Genuss gesetzlicher Rechte und Schutzmassnahmen verwehrt. In vielen Staaten sind die Justiz- und Strafvollzugssysteme zu schwach, mit zu knappen Ressourcen ausgestattet oder zu korrupt, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Unterstützung der Regierungen beim Aufbau und bei der Reform der Institutionen geht zu häufig davon aus, dass diese Herkulesarbeit innerhalb von wenigen Jahren geleistet werden kann. Das unablässige Bestehen

auf unrealistischen Zielen verursacht jedoch nur Enttäuschung und Misserfolg.

Deshalb ist es entscheidend, dass in den Aufbau effizienter nationaler Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte investiert wird. Damit sind institutionelle Vorkehrungen innerhalb der innerstaatlichen Verfassungs- und Rechtsordnung gemeint, die den Schutz der Menschenrechte - auf der Grundlage der internationalen Verpflichtungen der Staaten - gewährleisten: unter anderem Gerichte, Polizei, Gefängnisse, Sozialministerien, Parlamente sowie nationale Menschenrechtsinstitutionen und weitere offizielle Kontrollgremien.

Ohne effiziente und rechenschaftspflichtige Institutionen lassen sich die Menschenrechte nicht verwirklichen. Wenn Gerichte korrupt, überlastet und schwach sind, werden die Grundrechte unweigerlich verletzt. Wenn Sozialministerien unter knappen Mitteln, mangelnden Kompetenzen oder fehlendem qualifiziertem Personal leiden, lassen sich die Grundrechte auf angemessene Gesundheitsversorgung, Ausbildung und Unterkunft nicht umsetzen. Neben wirksamen staatlichen Schutzmechanismen, zu denen auch nationale Menschenrechtsinstitutionen gehören, soll jedoch auch Raum für die Zivilgesellschaft und die Menschenrechtsverteidiger geschaffen werden, deren Verhältnis zum formellen System der Menschenrechtsförderung und -achtung unterstützt werden muss.

## Ein Globaler Fonds für nationale Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte

Die Reform und der Aufbau solider nationaler Institutionen ist ein langwieriger, komplexer und kostspieliger Prozess, über den in den Medien kaum berichtet wird. Trotzdem ist er sehr wichtig. Zur Stärkung der Institutionen wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, z.B. in den Bereichen Gesundheit und Ausbildung, aber es wurde zu wenig Gewicht darauf gelegt, den Zugang zu einem ordnungsgemäss funktionierenden Justizsystem zu gewährleisten.

Deshalb plädieren wir für die Schaffung eines neuen Globalen Fonds für nationale Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte. Der neue Globale Fonds sollte die Erfahrungen berücksichtigen, die mit Initiativen im Gesundheitswesen und in anderen Bereichen gewonnen wurden, und sollte die Bedeutung von Präventionsstrategien sowie die Notwendigkeit effizienter und rechenschaftspflichtiger Justizsysteme anerkennen.

## Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung

Nationale Massnahmen sind zwar von grundlegender Bedeutung, aber die Staaten müssen auch wirksamere internationale Vereinbarungen zur Bewältigung globaler Probleme treffen. In diesem Kontext müssen die internationalen Menschenrechtsnormen weiter entwickelt werden, damit die Fragen der Rechenschaftspflicht und der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit klarer geregelt und die Verantwortung und Rechenschaftspflicht nichtstaatlicher Akteure definiert werden können.

Ein Beispiel sind die dringenden Menschenrechtsprobleme, die auf den Klimawandel zurückgehen. Es wird heute kaum bestritten, dass die Klimaerwärmung die Verwirklichung zahlreicher international geschützter Menschenrechte zu untergraben droht: das Recht auf Gesundheit oder sogar das Recht auf Leben, das Recht auf Nahrung, Wasser, Unterkunft und Eigentum, die Rechte der indigenen und traditionellen Völker, die Rechte im Zusammenhang mit Existenzgrundlagen und Kultur sowie Migration und Neuansiedlung, das Recht auf persönliche Sicherheit bei Konflikten. Die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen infolge des Klimawandels liegt häufig nicht bei der geografisch nächsten Regierung, sondern bei einem diffusen Kreis von öffentlichen und privaten Akteuren. Deshalb muss die gemeinsame Verantwortung für die Menschenrechte anerkannt werden.

## Weltgerichtshof für Menschenrechte

Ein wesentlicher Schritt zur Bewältigung vieler dieser Probleme besteht unseres Erachtens in der Schaffung eines gänzlich unabhängigen Weltgerichtshofs für Menschenrechte. Dieser Gerichtshof sollte keine Doppelarbeit leisten, sondern die bestehenden regionalen Gerichte ergänzen; er könnte eine Reihe von Akteuren stärker für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung ziehen.

Wir sind überzeugt, dass Fortschritte hin zur Einrichtung eines Weltgerichtshofs für Menschenrechte sowie ein neuer Globaler Fonds zur Stärkung der nationalen Justizsysteme vielversprechende Initiativen zum Schutz der menschlichen Würde im 21. Jahrhundert bilden würden.

Das Panel legte acht Themenbereiche fest, die prioritär erforscht werden sollen. Aufgrund einer Ausschreibung wählte es zehn Forschungsprojekte aus diesen Bereichen aus.

## 01 Menschenwürde

Dieses Konzept ist in allen Kulturen und allen grossen Religionen zu finden. Der Schutz der Menschenwürde erfordert ein Engagement für das Wohlergehen der Menschen, Wertschätzung des Individuums und die Bekräftigung, dass Solidarität zwischen allen Menschen wichtig ist.

## 02 Prävention

Die Umsetzung der Menschenrechte hängt zu einem grossen Teil von der Wirksamkeit nationaler Schutzsysteme ab – der Institutionen, die die nationale Rechtsordnung ausmachen. Es braucht neue Strategien, um effiziente und rechenschaftspflichtige Polizeikräfte, Gerichtshöfe, Gefängnisse und nationale Menschenrechtsinstitutionen aufzubauen.

## 03 Haft

Weltweit werden über 9 Millionen Menschen in Haft gehalten, ein grosser Teil davon unter unmenschlichen und entwürdigenden Bedingungen. Viele Menschen werden ohne ausreichende Gründe festgenommen, bleiben viel zu lange in Untersuchungshaft und werden häufig gefoltert. Es muss mehr gegen die vergessenen Menschenrechtsverletzungen unternommen werden, die an inhaftierten Menschen verübt werden.

## 04 Migration

Demographische Entwicklungen und Armut spalten die Welt zunehmend einerseits in junge, arme und überbevölkerte Staaten sowie andererseits in reiche, überalterte Länder mit rückläufiger Bevölkerung. Dadurch nimmt der Migrationsdruck weiter zu. Es braucht dringend einen Menschenrechtsansatz im Migrationsbereich, der die Rechte der Migranten und der Opfer von Menschenhandel schützt.

## 05 Staatenlosigkeit

Das schwere Los der Menschen, die über keine gegenüber einem Staat einklagbare Rechte verfügen, erhält nicht genügend internationale Beachtung. Es ist offensichtlich ungerecht, dass diese Menschen nicht wählen, reisen, ihre Kinder in die Schule schicken oder staatlichen Schutz beanspruchen können. Wir müssen verstehen, wie die Staatsangehörigkeit den Genuss der Menschenrechte verbessern kann.

## 06 Recht auf Gesundheit

Millionen von Menschen, die in Armut leben – die meisten davon Frauen – haben keinen Zugang zu angemessener Unterkunft, Nahrung, menschenwürdiger Arbeit und einer Grundschulausbildung, ja nicht einmal zur einfachsten Gesundheitsversorgung. Wir brauchen eine Politik, die auf Fairness und sozialer Gerechtigkeit beruht, sowie ein Menschenrecht auf ein möglichst hohes Gesundheitsniveau.

## 07 Klimawandel und Menschenrechte

Der Klimawandel hat seine dramatischsten Auswirkungen in den ärmsten Ländern der Welt, wo die Menschenrechte oft kaum geschützt sind. Wir sollten uns stärker damit beschäftigen, wie Menschenrechte dazu beitragen können, künftige Klimaschäden einzuschätzen, Bereiche zu identifizieren, in denen die Menschen am verwundbarsten sind, und potenzielle politische Massnahmen zu evaluieren.

## 08 Internationaler Menschenrechtsgerichtshof

Die Idee eines solchen Gerichtshofs wurde schon in den Vierzigerjahren des letzten Jahrhunderts diskutiert, neben Vorschlägen für einen Hochkommissar und einen Internationalen Strafgerichtshof. Menschenrechtsverletzungen erfordern Rechtsmittel, deren gerichtliche Durchsetzung zu mehr Schutz und Prävention führt. Wir brauchen jetzt konkrete Vorschläge, wie ein solcher internationaler Gerichtshof allen Menschen im 21. Jahrhundert mehr Rechenschaftspflicht gewährleisten könnte.

### AUSGEWÄHLTE FORSCHUNGSPROJEKTE

- *Human Dignity*, J. Donnelly, Univ. of Denver, USA.
- *The Potential of Human Dignity as a Framework for Emerging Human Rights Issues*, F. Mégret, McGill Univ., Canada und F. Hoffmann, LSE, UK.
- *Prevention is Better than Cure: What Role can Human Rights Education Play in Preventing Human Rights Violations?* P. Gerber, Monash Univ., Australia.
- *Democracy, Human Rights and Prison Conditions in South America*, F. Salla, Univ. of São Paulo, Brazil.
- *Protection of People Outside their State: An Integrative Analysis*, M. Hayes, Mahidol Univ., Thailand.
- *Statelessness and the Benefits of Citizenship: A Comparative Study*, B. K. Blitz, Oxford Brookes Univ., UK; und M. Lynch, Refugees International, USA.
- *The Right to Health: An Enquiry Focusing on Southern Africa into the Right of Women Living with HIV to Control their Fertility*, K. Stefiszyn, L. Hye-Young und M. Moletsane, Univ. of Pretoria, South Africa.
- *Climate change and Human Rights: The Status of Climate Refugees in Europe*, M. Ammer, Ludwig Boltzmann Inst. of Human Rights, Austria.
- *A World Human Rights Court*, M. Scheinin, European Univ. Inst., Italy.
- *World Court of Human Rights*, M. Nowak et J. Kozma, Univ. of Vienna, Austria.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Swiss Confederation

Département fédéral des affaires étrangères DFAE  
Federal Department of Foreign Affairs DFA

Académie de droit international humanitaire  
et de droits humains à Genève  
Geneva academy of international humanitarian law  
and human rights

Adh  
genève

Whereas recognition of inherent dignity  
and of equal and inalienable rights  
of all members of the human family  
is the foundation of freedom, justice  
and peace in the world...

[www.UDHR60.ch](http://www.UDHR60.ch)